

Goldman Sachs hat die Anteile an **Intesa Sanpaolo** auf 5,176 Prozent erhöht und wird damit zweitgrößter Aktionär der Mailänder Großbank. Der größte Aktionär bleibt die Stiftung Sanpaolo mit 9,19 Prozent.

Generali hat 510 Millionen Aktien der **Banca Intesa Sanpaolo** verkauft. Somit reduzierte Italiens größter Versicherer seinen Anteil an der Großbank um 3,04 Prozent auf 0,3 Prozent. Generali hatte seine Beteiligung Anfang des Jahres aufgrund einer möglichen Übernahmeofferte der Mailänder Bank erhöht.

Die **US-Notenbank** hat der **Deutschen Bank** und **UBS** einen erneuten Aufschub von fünf Jahren zur Einhaltung der Volcker Rule gewährt. Der Teil des Dodd-Frank Acts soll den Eigenhandel von Banken zur Eindämmung von Spekulationen einschränken. Um eine Fristverlängerung zu erhalten, müssen die Banken beweisen, Fortschritte beim Abbau ihrer Hedgefonds und Private-Equity-Fonds gemacht zu haben. Bisher hatte die **Federal Reserve** den Banken bereits drei Aufschübe von jeweils einem Jahr gegeben.

Der **Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht (BSBC)** hat seine Vorgaben für die Prävention von Geldwäsche und Terrorfinanzierung revidiert und diese nun in ihrer finalen Version publiziert. Damit reagiert der BSBC auf die Sorge um den vermehrten Rückzug von Banken aus dem Korrespondenz-Banking, um Risiken zu vermeiden. Mit den neuen Vorgaben soll anerkannt werden, dass nicht alle Korrespondenzbankenbeziehungen dasselbe Risiko in sich tragen, heißt es.

Die **Raiffeisen Bank Polska S.A.** beabsichtigt im Zuge eines Initial Public Offering (IPO) rund 15 Prozent ihrer Aktien an der **Warschauer Börse** zu emittieren. Die polnische Tochter der **Raiffeisen Bank International (RBI)** machte keine Angaben zu den Konditionen oder dem Zeitplan des Vorhabens.

Im Rahmen einer Abspaltung hat die **Peras GmbH** am 1. Juni 2017 den Geschäftsbereich Personal-Systeme & Services der **Ratiodata GmbH**, Systemhauspartner der Unternehmensgruppe **Fiducia & Gad IT AG**, übernommen. Damit sollen die Kompetenzen im Personalmanagement der Unternehmensgruppe in einer Gesellschaft gebündelt werden. Bereits im April fiel die

**8. Juni 2017
bis
22. Juni 2017**

Entscheidung, ein ausschließlich auf Personalmanagement fokussiertes Unternehmen zu bilden.

DJE Kapital will mit ihrem neuen Onlinevermögensverwalter **Solidvest** eine digitale, einzeltitelbasierte Vermögensverwaltung ab einem Anlagevolumen von 25000 Euro anbieten. Damit will die Fondsgesellschaft eine neue Kundengruppe ansprechen, die eine Alternative zu niedrigverzinsten Anlageformen wie Spar-, Termingelder oder Bausparverträgen sucht.

Die **Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)** hat einen Entwurf zur Änderung der Großkredit- und Millio-nenkreditverordnung (GroMiKV) zur Konsultation gestellt. Er sieht vor, Institutsgruppen mit zentralem Risikomanagement im Hinblick auf Großkredite denselben Spielraum für Risikopositionen gegenüber anderen gruppenangehörigen Unternehmen einzuräumen wie Gruppen mit zentraler Liquiditätssteuerung. Zusätzlich dazu will die BaFin das Meldewesen für Millionenkredite wieder begrenzen und verzichtet dazu auf neue Meldeformate mit umfassenden Vorgaben, die eigentlich zum 1. Januar 2019 in Kraft treten sollten. Stattdessen sollen die aktuell gültigen Meldeformate zu den Betragsdaten bestehen bleiben und ergänzt werden.

Die Aktionäre von **Aberdeen Asset Management** haben mit der Mehrheit von 95 Prozent der Fusion mit **Standard Life plc.** zugestimmt. Der entstehende Asset Manager wird der größte Großbritannien sein und weltweit unter den Top 25 rangieren.

Black Rock wird Minderheitsanteilseigner am Onlinevermögensverwalter **Scalable Capital**. Nach einer Serie-B-Finanzierungsrunde steigt die Gesamtfinanzierung des deutsch-britischen Start-ups damit auf 41 Millionen Euro. Mit dem Investment will das deutsch-britische Start-up verstärkt Kooperationen mit Finanzinstituten und Unternehmen vorantreiben. 16 Monate nach dem Marktstart verwaltet das Fintech über 250 Millionen Euro von rund 6000 Privatkunden.

Die **Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)** hat die Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der **East-West Assekuranz AG** beantragt. Der Vorstand hatte zuvor die Überschuldung des Versicherers angezeigt. Bereits im Februar hatte die BaFin die Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb wegen nicht ausreichender Kapitalisierung widerrufen.

Die **Sparda-Bank Hamburg** tut es der **Sparda-Bank Baden-Württemberg** gleich und hat zwei zentrale Änderungen im Geschäftsmodell angekündigt: Zum einen soll der Kundenstamm von Privatkunden auch auf Selbstständige und Freiberufler ausgeweitet werden, zum anderen wird das Regionalprinzip aufgegeben. Demnach muss der Wohn- und Arbeitsort von Kunden künftig nicht mehr im norddeutschen Geschäftsgebiet liegen (siehe auch ZfgK 11/2017).

Klarna hat eine Banklizenz von der schwedischen Finanzaufsichtsbehörde bekommen. Der schwedische Payment-Dienstleister will nun unter dem Namen „**Klarna Bank**“ sein Produktportfolio für Kunden und Händler ausbauen. Mit 60 Millionen Kunden und 70000 Händlern in 18 Märkten wird das Institut an diesen Kriterien gemessen zu einer von Europas größten Banken.

Die **Europäische Zentralbank (EZB)** hat die **Banco Popular Español** als ausfallend oder wahrscheinlich ausfallend im Sinne des **einheitlichen Abwicklungsmechanismus (SRM – Single Resolution Mechanism)** eingestuft. Angesichts der Verschlechterung der Liquiditätslage der Bank sieht die EZB diese in naher Zukunft nicht mehr in der Lage, ihre Schulden oder sonstigen Verbindlichkeiten bei deren Fälligkeit zu bedienen. Der **Einheitliche Abwicklungsausschuss (SRB)** beschloss daraufhin den Verkauf der Banco Popular Español an die **Banco Santander**.

Die **Bayern-LB** hat eine Milliarde Euro Altlasten an den **Freistaat Bayern** zurückgezahlt und das EU-Beihilfverfahren damit zweieinhalb Jahre vor Fristende abgeschlossen. Aufgrund einer Entscheidung der Europäischen Union von 2012 musste die Landesbank bis spätestens 2019 insgesamt 4,96 Milliarden Euro an den Freistaat zahlen. Dieser hatte die Bayern-LB Ende 2008 mit 10 Milliarden Euro Steuergeldern infolge der Finanzkrise und den Belastungen aus dem Kauf der **Hypo Alpe Adria** aufgefangen.